



Niederschrift

Nr. der Sitzung **BUE/20/16**
Gremium **Bezirksausschuss Uedesheim**
Datum **05.12.2019**

Sitzungsdauer:
Öffentliche Sitzung 17.00 Uhr - 19.55 Uhr

Sitzungsort: **Gaststätte "Haus Stüttgen"**

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Formalien, Wahlen usw.

- 1 Feststellung ordnungsgemäß erfolgte Einladung und Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Tagesordnung
- 3 Einwohnerfragestunde

Beschlüsse des Ausschusses gem. § 41 Abs. 2 GO NRW

- 4 Vertretung der Stadt Neuss in Drittgremien
hier: Entsendung von Mitgliedern in den Erbentag (Ausschuss) des Deichverbandes
Uedesheim auf Vorschlag des Bezirksausschusses Uedesheim für die Amtsperiode
vom 01.01.2020 bis 31.12.2024

Anträge

- 5 Antrag der SPD-Mitglieder betr.:
Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Straße "Am Reckberg"
- 6 Antrag der SPD-Mitglieder betr.:
Verkehrskonzept Uedesheim
- 7 Antrag der CDU-Mitglieder betr.:
Verschönerung der Grünanlagen auf den Kreisverkehren im Gewerbegebiet Uedesheim
- 8 Antrag der CDU-Mitglieder betr.:
Nutzung der neuen Fahrradladestation an der Deichstraße
- 9 Antrag der CDU-Mitglieder betr.:
Herrichtung und Ausbau der Bushaltestellen "Stüttgen" B9/Fuggerstraße
- 10 Antrag der Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen betr.:
Sanierung und Erweiterung der St. Martinus-Schule, Städt. Gemeinschaftsgrundschule
OGS in Uedesheim

Anfragen

10.1 Anfrage von Herrn Stadtverordneten Stefan Crefeld betr.:
Sachstand Abschlussarbeiten der Deutschen Glasfaser in Uedesheim
Anlage

10.2 Anfrage von Herrn Stadtverordneten Stefan Crefeld betr.:
Aus- bzw. Aufbau von Dachgeschossen
Anlage

Mitteilungen der Verwaltung

11 Der niedergermanische Limes auf dem Weg zum UNESCO-Welterbe

12 Sachstand Flächennutzungsplan

13 Errichtung eines Calsthenics-Parks in Uedesheim (Antrag BZA Uedesheim)

14 Teilnahme der Stadt Neuss am Wasserbussystem auf dem Rhein

15 Ortsmittelpunktkonzept - Stadtteilspaziergang Uedesheim

16 Voraussichtlicher Zeitplan Sanierung Kirmesplätze

17 Ergebnisse zu Vorschlägen und Anregungen des Bezirksausschusses sowie aus der
Bürgerversammlung
Anlage

18 Sitzungstermine des Bezirksausschusses Uedesheim in 2020

Anwesend:

Vorsitz

Crefeld, Stefan Stadtverordneter

CDU

Herr Arends
Herr Peter Crefeld als Vertretung für Herrn Machonski
Herr Stadtverordneter Stefan Crefeld
Herr Dr. Dörrenberg
Herr Kindermann bis 18:10 Uhr
Herr Kramp
Herr Norbistrath ab 18:10 Uhr
Herr Ritterstaedt
Herr Rottmann als Vertretung für Herrn Kindermann und Herrn Norbistrath
Herr Vollmer

SPD

Herr Ebbers als Vertretung für Herrn Stadtverordneten Holz
Frau Göwert
Herr Stadtverordneter Ott
Herr Wolff als Vertretung für Herrn Herzog

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Frau Stadtverordnete Arndt ab 17:25 Uhr
Herr Reith

FDP

Herr Kindel

Ratsfraktion UWG Neuss/Davarci (beratend)

Frau Regel bis 18:35 Uhr
Herr Yalcin als Vertretung für Herrn Dincer

Verwaltung

Frau Steffens (1B)

Schrifführung

Frau Rosenberger

Niederschrift

Öffentlicher Teil

Formalien, Wahlen usw.

TOP 1 Feststellung ordnungsgemäß erfolgte Einladung und Beschlussfähigkeit

Es wird festgestellt, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass Beschlussfähigkeit besteht.

TOP 2 Genehmigung der Tagesordnung

Auf Antrag von Herrn Ott und Herrn Crefeld wird TOP 17 um einen Sachstandsbericht zur Querungshilfe auf der Koblenzer Straße und einen Bericht über die Bürgerinformationsveranstaltung am 02.12.2019 sowie Anfragen unter TOP 10.a und TOP 10.b erweitert.
Im Übrigen wird die Tagesordnung genehmigt.

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

Beschlüsse des Ausschusses gem. § 41 Abs. 2 GO NRW

TOP 4 Vertretung der Stadt Neuss in Drittgremien hier: Entsendung von Mitgliedern in den Erbentag (Ausschuss) des Deichverbandes Uedesheim auf Vorschlag des Bezirksausschusses Uedesheim für die Amtsperiode vom 01.01.2020 bis 31.12.2024

Beschlussempfehlung

Für die Amtsperiode bis 31.12.2024 werden folgende Einwohner aus dem Stadtteil Uedesheim zur Wahl in den Erbentag (Ausschuss) des Deichverbandes Uedesheim vorgeschlagen:

1. Dr. Richard Dörrenberg
2. Herr Paul-Heinz Kramp
3. Frau Judith Göwert
4. Herr Jürgen Reith

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Anmerkungen

Frau Steffens erläutert, dass aufgrund der politischen Zusammensetzung des Bezirksausschusses die CDU das Vorschlagsrecht für zwei Personen, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN für jeweils eine Person haben.

Vorschlag CDU:	Herr Dr. Richard Dörrenberg Herr Paul-Heinz Kramp
Vorschlag SPD:	Frau Judith Göwert
Vorschlag Bündnis 90/DIE GRÜNEN:	Herr Jürgen Reith

Anträge

TOP 5 Antrag der SPD-Mitglieder betr.: Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Straße "Am Reckberg"

Aufgrund der Zusage der Verwaltung, die in der Diskussion festgehaltenen Anregungen und Wünsche zwecks Prüfung an die Fachverwaltung weiterzuleiten, erfolgte über den nachfolgenden ursprünglichen Antrag **keine Abstimmung**:

Die Stadt Neuss wird gebeten, die Geschwindigkeit auf der Straße „Am Reckberg“ zwischen Grimlinghausen und Uedesheim durchgehend auf Tempo 50 zu beschränken und damit die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Zugleich wird die Stadt Neuss gebeten, das Verkehrsschild 138 (Achtung Radverkehr) auf der Straße „Am Reckberg“ aufzustellen – und zwar vor dem Mündungsbereich von „Himmelsberger Weg“ und „Gut Altwahlscheid“, von wo aus Radfahrer/innen die Straße queren sowie auf Höhe der Wache der Freiwilligen Feuerwehr.

Diskussion

Herr Ott begründet seinen Antrag ausführlich.

Herr Crefeld verweist darauf, dass in der schriftlichen Begründung von einem Prüfauftrag die Rede sei, in der Beschlussempfehlung aber die Umsetzung beantragt werde.

Frau Steffens erläutert, dass die Straße im Außerortsbereich liege. Hierfür sehe die StVO grundsätzlich eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 100 km/h vor. Aufgrund der örtlichen und verkehrlichen Verhältnisse habe die Verwaltung die Höchstgeschwindigkeit vor einigen Jahren von vormals 80 km/h auf 70 km/h reduziert. Eine weitere Reduzierung auf 50 km/h wäre angesichts der örtlichen Verhältnisse unangemessen und unterläge dem Übermaßverbot.

Gleiches gelte für das Aufstellen der Gefahrzeichen.

Viel wichtiger seien an den im Antrag erwähnten Einmündungen ausreichende Sichtbeziehungen zueinander. Hier habe die Verwaltung in den vergangenen Jahren massiv nachgebessert und erheblich in den Grünbewuchs eingegriffen. Beim angesprochenen Radfahrernfall im Sommer lagen andere Faktoren für den Unfall zugrunde, vor allem in der Person des Radfahrers begründet.

Herr Reith kann dieser Argumentation nicht folgen. Die Verwaltung beziehe sich auf Gesetze und lasse die Realität außen vor. Da es sich bei der Verbindung am Friedhof um die Querung eines internationalen Radweges handelt, sollte zumindest hier ein Gefahrenzeichen aufgestellt werden.

Sinnvoll sei es aber auch an der Querung am Gut Altwahlscheid. Hier prüfe die Verwaltung bereits seit Wochen, ob das Schild näher an die Querung herangerückt werden könne.

Frau Steffens sichert zu, den Auftrag bezüglich der Schilder nochmals zwecks Prüfung an die Fachverwaltung weiterzuleiten.

Herr Crefeld schlägt vor, dass die Verwaltung die Aufstellung bzw. das Versetzen der Schilder prüfen und alternative Vorschläge zur Verbesserung der Situation unterbreiten solle. Weiter bittet er um einen Bericht der Kreispolizeibehörde über die dort vorgenommenen Geschwindigkeitsmessungen.

TOP 6 Antrag der SPD-Mitglieder betr.: Verkehrskonzept Uedesheim

Beschluss

Die Stadt Neuss wird gebeten, für Uedesheim ein zukunftsfähiges Verkehrskonzept umzusetzen. Dies betrifft die Situation auf der Rheinfährstraße ebenso wie die Himmelgeister Straße und die Straße Am Kiwittenberg. Ziel soll es sein, die Verkehrssicherheit und Aufenthaltsqualität für FußgängerInnen und RadfahrerInnen merklich zu erhöhen. Der Bezirksausschuss Uedesheim bittet daher

- a) durchgehend Tempo 30 auf der Rheinfährstraße und Querungshilfen in Form eines Fußgängerüberwegs in Höhe der Stüttgener Straße sowie der Himmelgeister Straße
- b) einen Fußgängerüberweg in Höhe der St.-Martinus-Grundschule sowie eine weitere „Abpollerung“ des Gehwegs gegenüber der St.-Martinus-Grundschule
- c) einen Fußgängerüberweg über die Himmelgeister Straße vor dem örtlichen Nahversorger
- d) die Straße „Am Kiwittenberg“ als verkehrsberuhigten Bereich (Spielstraße) auszuweisen
- e) den Parkstreifen auf der Rheinfährstraße an der Einmündung „Am Kiwittenberg“ mit einer Schraffierung zu versehen, so dass die Einfahrt in den Weg für Rettungsfahrzeuge freigehalten wird; dies eventuell durch eine entsprechende Beschilderung ergänzen

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt

Zu a) mehrheitlich abgelehnt

6 Ja (4 SPD, 2 Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

10 Nein (9 CDU, 1 FDP)

Zu b) einstimmig zugestimmt

Zu c) mehrheitlich abgelehnt

7 Ja (1 CDU, 4 SPD, 2 Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

8 Nein (CDU)

1 Enthaltung (FDP)

Zu d) mehrheitlich abgelehnt

6 Ja (4 SPD, 2 Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

10 Nein (9 CDU, 1 FDP)

Zu e) mehrheitlich zugestimmt

9 Ja (2 CDU, 4 SPD, 2 Bündnis 90/DIE GRÜNEN, 1 FDP)

5 Nein (CDU)
2 Enthaltungen (CDU)

Anmerkungen zur Beschlussfassung

Die Ergänzung der ursprünglichen Beschlussempfehlung um d) erfolgte auf Antrag von Herrn Crefeld, um e) auf Antrag von Herrn Reith.

Über die Punkte a) bis e) wurde getrennt abgestimmt.

Diskussion

Herr Crefeld stellt zunächst richtig, dass es entgegen der Darstellung im SPD-Antrag noch keinen Beschluss des Ausschusses zur Querungshilfe im Bereich der Grundschule gebe. Es sei bislang lediglich gemeinschaftlich beschlossen worden, den Schulweg zusammen mit der Verwaltung sicherer zu gestalten.

Frau Göwert spricht sich aufgrund der zahlreichen Elterntaxis für die Abpollerung des Gehwegs analog zur gegenüberliegenden Seite aus. Weiter befürwortet sie in Höhe des örtlichen Nahversorgers eine sichere Querung zur Turnhalle, da von der Bezirkssportanlage kommend die Sicht durch einen großen Strauch sowie parkende Autos stark eingeschränkt werde.

Herr Crefeld verweist auf die Antragsbegründung bezüglich der Straße Am Kiwittenberg und schlägt vor, die Beschlussempfehlung um die Ausweisung als verkehrsberuhigten Bereich (Spielstraße) zu ergänzen. Darüber hinaus fasst er den Antrag zusammen: Im Ergebnis würden neben den bestehenden drei Ampelanlagen nunmehr zusätzlich vier oder fünf weitere Fußgängerüberwege gefordert werden.

Frau Steffens erläutert, dass auf der Rheinfährstraße bei einer Herabstufung auf Tempo 30 weitere bauliche Maßnahmen umgesetzt werden müssten, wovon auch der Busverkehr betroffen wäre. Zudem sei die Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h bei sämtlichen Messungen, die in den letzten Jahren durchgeführt worden seien, weitestgehend eingehalten worden. Insbesondere durch die Einzeichnung der Fahrradschutzstreifen wirke der Straßenraum kompakter, so dass eine Anordnung auf Tempo 30 seitens der Verwaltung nicht als zielführend gesehen werde.

Mit der Schulleitung der Grundschule habe die Verwaltung bereits Problembereiche erörtert. Da die Rheinfährstraße nach Kanalbauarbeiten komplett erneuert werde, bereite die Verwaltung derzeit einen entsprechenden Straßenentwurf vor. Dieser werde dann auch im Bezirksausschuss Uedesheim vorgestellt.

Im Rahmen des Ortsmittelpunktkonzeptes werde der Bereich um den Nahversorger genauer betrachtet und sicherlich Veränderungen erfahren.

Herr Reith merkt an, dass sich Radfahrer auf dem Fahrradschutzstreifen der Rheinfährstraße nicht sicher fühlen würden. Daher halte er Tempo 30 für angebracht.

Weiter bittet er um die Aufstellung eines Hinweisschildes „für Rettungsfahrzeuge freihalten“ auf der Rheinfährstraße an der Einmündung „Am Kiwittenberg“ sowie eine Schraffierung auf dem Parkstreifen an der Rheinfährstraße vor dieser Einmündung und erhebt dies zum Antrag.

Herr Ott schließt sich weitestgehend den Ausführungen von Herrn Reith bezüglich Tempo 30 an.

Herr Ritterstaedt hält die Vielzahl der zusätzlichen Querungshilfen für nicht erforderlich.

Herr Crefeld spricht sich erneut für eine Querungshilfe auf der Hauptverkehrsstraße in Höhe der alten Feuerwehr aus mit der Auflage, dass damit keine Beeinträchtigung des Busverkehrs und der Schützen einhergeht. In diesem Zusammenhang erinnert er an die bisherige Planung der Verwaltung, in diesem Bereich eine entsprechende Querungshilfe zu errichten. Mit Bezug auf diese Planung bittet er um einen Sachstandsbericht im nächsten BZA.

Zum in der Bürgerversammlung zugesagten Ortstermin Am Kiwittenberg führt Frau Steffens aus, dass dieser noch nicht stattgefunden habe, aber nachgeholt werde. Unabhängig davon hätten die Rettungsdienste auf Nachfrage mitgeteilt, keinerlei Probleme bei der Anfahrt zu den betroffenen Häusern zu haben.

Herr Ritterstaedt bittet, den Beschluss als Prüfauftrag zu fassen.

Abschließend stellt Herr Crefeld fest, dass bereits drei Ampelanlagen existieren und eine Querungshilfe in Höhe der alten Feuerwehr noch in der Planung sei. Darüber hinaus seien nach Abschluss der geplanten Kanalbauarbeiten zusätzliche Verbesserungen vorgesehen. Zudem werde es ein neues Ortsmittelpunktkonzept geben, in dem neben der Platzgestaltung auch über eine Änderung der Straßenführung und den Verkehr nachgedacht werden müsse.

**TOP 7 Antrag der CDU-Mitglieder betr.:
Verschönerung der Grünanlagen auf den Kreisverkehren im Gewerbegebiet
Uedesheim**

Aufgrund der Stellungnahme, wonach die Verwaltung weiter prüfen und in einer der nächsten Sitzungen berichten werde, erfolgte über den nachfolgenden Antrag **keine Abstimmung**:

Die Verwaltung wird gebeten, über den Zustand sowie über die begehrte Verschönerung der Grünanlagen auf den Kreisverkehren im Gewerbegebiet zu berichten.

Diskussion

Frau Steffens erklärt, dass der Rhein-Kreis Neuss für die Kreisverkehre im Gewerbegebiet zuständig sei und sichert zu, den Wunsch der Ausschussmitglieder, die Pflege zu intensivieren, nochmals dorthin weiterzuleiten.

Die Gewerbetreibenden seien von der Verwaltung zwecks Patenschaft ebenfalls angeschrieben worden, jedoch ohne Resonanz.

Herr Crefeld weist auf die Intension des CDU-Antrags hin. Es gehe dem Antragsteller nicht darum, die Zuständigkeiten erneut zu hinterfragen; vielmehr bestehe der Wunsch, dass die Verwaltung in der Umsetzung bzw. der örtlichen Suche nach möglichen Sponsoren (z.B. Gärtnereien) den Rhein-Kreis Neuss deutlich aktiver unterstütze.

Herr Ott bittet um einen erneuten Bericht in einer der nächsten Sitzungen.

Frau Arndt schlägt vor, dort Wildblumensaat einzubringen, da dies eine kostengünstige Variante zu gärtnerischen Anlagen darstelle.

**TOP 8 Antrag der CDU-Mitglieder betr.:
Nutzung der neuen Fahrradladestation an der Deichstraße**

Aufgrund der Zusicherung der Verwaltung, zeitnah erneut über den aktuellen Sachstand zu berichten, erfolgte über den nachstehenden Antrag **keine Abstimmung**:

Die Verwaltung wird in Abstimmung mit den Stadtwerken Neuss (SWN) gebeten, über die Nutzung der neuen Fahrradladestation an der Deichstraße zu berichten.

Diskussion

Frau Steffens führt aus, dass die Ladestation in der Verantwortung der Stadtwerke Neuss stehe. Das Problem sei dort bekannt. In der Vergangenheit sei auch bereits ein Austausch der Schlösser vorgenommen worden, jedoch ohne Erfolg. Nun werde zusammen mit dem Hersteller nach einer anderen Lösung gesucht.

Herr Kramp schlägt vor, auf Türen zu verzichten.

Herr Ritterstaedt spricht sich für ein individualisiertes Zugangssystem aus, zum Beispiel anhand einer Bankkarte.

Herr Dr. Dörrenberg merkt an, hier keine Diskussion über Lösungsmöglichkeiten zu führen, sondern dies den Stadtwerken zu überlassen.

TOP 9 Antrag der CDU-Mitglieder betr.: Herrichtung und Ausbau der Bushaltestellen "Stüttgen" B9/Fuggerstraße

Beschluss

Die Verwaltung wird gebeten, in Abstimmung mit den einzelnen Betreibern das Gesamtpaket der mehreren Haltestellen „Stüttgen“ unter Berücksichtigung der Schnellbuslinie zu prüfen und gegebenenfalls zu reduzieren - mit dem Ziel, nicht nur ein Provisorium für die neue Buslinie zu schaffen, sondern die Haltestelle zügig mit einem Wetterschutz zu versehen und künftig auch barrierefrei auszubauen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Anmerkungen zur Beschlussfassung

Die angepasste Beschlussfassung erfolgte auf Antrag von Herrn Crefeld als Zusammenfassung der Diskussion.

Diskussion

Herr Crefeld führt aus, dass im Juli der Grundsatzbeschluss zur Einrichtung der Schnellbuslinie mit Anbindung der Bushaltestellen „Stüttgen“ an der B9 (Richtung Neuss/Düsseldorf) und an der Fuggerstraße (Ecke B9/Richtung Allerheiligen) gefasst worden sei. Beide Bushaltestellen seien trotz Nutzung in einem schlechten Zustand und bislang nur als Provisorien eingerichtet. Daher sei unabhängig von der Probephase eine zeitnahe Herrichtung bzw. ein Ausbau mit Wartehäuschen (Wetterschutz) zwingend erforderlich.

Frau Göwert gibt den Wunsch einer Bürgerin weiter, das Wartehäuschen an der Haltestelle Am Fuchsberg mit einer Beleuchtung zu versehen.

Frau Steffens erklärt, dass die Wartehalle an der Bushaltestelle „Stüttgen“ an der B9 in Richtung Düsseldorf vor ein paar Jahren abgebaut worden sei, da sie auf Privatgrund stand. Mit dem Eigentümer dieses an die Bushaltestelle angrenzenden Privatgrundstücks konnte damals keine Einigung über den Fortbestand der Wartehalle erzielt werden. Um an der Haltestelle wieder ein Wartehäus-

chen aufstellen zu können, sei erneut die Zustimmung der Eigentümer erforderlich. Diese zu erhalten werde als schwierig eingeschätzt. Ein kurzfristiger Ausbau der Haltestelle „Stüttgen“ an der B9 bis zur Umsetzung der „Schnellbuslinie Neusser Süden“ (voraussichtlich April 2020) sei daher nicht zu erwarten.

Dennoch prüfen die Stadtwerke Neuss zurzeit noch einmal die genaue Lage der verschiedenen Haltestellen der Schnellbuslinie für den Zeitraum ihrer zweijährigen Probefahrt. Eine neue provisorische Haltestelle „Stüttgen“ in Richtung Neuss Allerheiligen wird hinter der Einmündung B9/Fuggerstraße errichtet. Erst nach der erfolgreichen zweijährigen Probefahrt wird die Möglichkeit eines barrierefreien Umbaus der provisorischen Haltestelle erneut geprüft. Alternativ wird die Verlegung der Haltestelle „Stüttgen“ (Richtung Düsseldorf) vor der Einmündung auf der Fuggerstraße diskutiert. Ein Foto, auf dem die vorab genannten Haltestellen eingezeichnet sind, werde dem Protokoll beigelegt.

Abschließend schlägt Frau Steffens vor, einen Prüfauftrag zu formulieren bezüglich erneuter Verhandlungen mit dem Eigentümer des Grundstücks oder alternativ Errichtung einer Haltestelle auf der gegenüberliegenden Seite der Kreuzung (Firma Uth).

Herr Crefeld merkt an, dass es dann im Kreuzungsbereich fünf Haltestellen gäbe, die alle die Bezeichnung „Stüttgen“ trügen. Dies sei seiner Meinung nach zu unübersichtlich und müsse geändert werden.

Anschließend formuliert er die Beschlussempfehlung und bittet, die Beleuchtung der Haltestelle Am Fuchsberg zwecks Prüfung mit ins Protokoll aufzunehmen.

Herr Ritterstaedt ergänzt, dass die Haltestelle am Rheinwek auch einer Aufwertung bedürfe.

**TOP 10 Antrag der Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen betr.:
Sanierung und Erweiterung der St. Martinus-Schule, Städt. Gemeinschaftsgrundschule OGS in Uedesheim**

Beschluss

Der nachfolgende Antrag wird in den Finanzausschuss verwiesen:

1. Die Verwaltung wird vor dem Hintergrund der baulichen Mängel, des schlechten Zustandes der Container und des erheblichen Rummangels beauftragt, kurzfristig ein Maßnahmenkonzept vorzulegen, das z. B. Aussagen dazu macht, wann mit der (energetischen) Sanierung des Altbaus und einem Erweiterungsbau begonnen wird. Der Erweiterungsbau ist so zu konzipieren, daß die 56 Jahre alten Container überflüssig werden.
2. Die ermittelten Sanierungs- und Baukosten sind in den Wirtschaftsplan des Gebäudemanagements verteilt auf die Jahre 2020 und 2021 aufzunehmen. Für den Neubau ist als Baubeginn spätestens das Jahr 2021 vorzusehen.
3. Zum Schutz vor starker Sonneneinstrahlung sind die Klassenräume umgehend mit automatischen Außenjalousien nachzurüsten.
4. Im Jahre 2020 sind die an vielen Stellen morschen Fenster des Altbaus zu erneuern.
5. Ebenfalls in 2020 ist das Pausendach zu sanieren und die Außentoiletten auszutauschen.
6. Die Maßnahmen sind vorbehaltlich der bereits geplanten deckungsgleichen Maßnahmen soweit als möglich in den Wirtschaftsplan des Gebäudemanagements mit aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung (SPD)

Anmerkungen zur Beschlussfassung

Die Ergänzung der ursprünglichen Beschlussempfehlung um Ziffer 5 sowie die Verweisung in den Finanzausschuss erfolgten auf Antrag von Herrn Crefeld.

Diskussion

Frau Steffens führt aus, dass die St.-Martinus-Grundschule über das kleinste Raumprogramm aller städtischen Schulen verfüge. Anfang 2017 seien durch das Gebäudemanagement Machbarkeitsstudien durchgeführt worden mit entsprechender Information an die damalige Schulpflegschaft. Der Schule wurde mitgeteilt, dass aufgrund der insgesamt angespannten finanziellen Situation sowie der bereits beschlossenen Bauvorhaben für die Jahre 2017 bis 2020 keine Realisierung der Erweiterung der Schule im vorgenannten Zeitraum zugesagt werden könne.

Bezüglich des Sonnenschutzes sei in 2020 vorgesehen, 14 Fenster auf der Südseite des Altbaus durch neue außenliegende Sonnenschutz-Raffstoreanlagen zu verschatten.

Laut Auffassung der Ausschussmitglieder besteht sofortiger Handlungsbedarf zur Erweiterung der Schule, da spätestens mit der Fertigstellung des Neubaugebietes Im Kreuzfeld Kinder aufgrund von Platzmangel nicht aufgenommen werden könnten.

Der vom Bezirksausschuss geforderte Bericht zum Raumangel stehe bis heute aus. Zudem werde aufgrund des Geruches in den Containern Schimmelbefall vermutet.

Herr Ott hat eine Verständigungsfrage zu Ziffer 2 des Antrags, da der Finanzausschuss den Wirtschaftsplan des Gebäudemanagements bereits beschlossen habe.

Herr Reith schlägt vor, die im Wirtschaftsplan bereits enthaltenen Sanierungskosten für das Pausendach und die Toiletten stattdessen für den Neueinbau, nicht nur von morschen sondern von allen Fenstern sowie die Anbringung von Jalousien als Sonnenschutz zu verwenden.

Herr Crefeld regt an, den Antrag entsprechend zu ergänzen.

Anfragen

TOP 10.1 Anfrage von Herrn Stadtverordneten Stefan Crefeld betr.: Sachstand Abschlussarbeiten der Deutschen Glasfaser in Uedesheim

Der Text der Anfrage und die Antwort der Verwaltung sind als Anlage beigefügt.

TOP 10.2 Anfrage von Herrn Stadtverordneten Stefan Crefeld betr.: Aus- bzw. Aufbau von Dachgeschossen

Der Text der Anfrage und die Antwort der Verwaltung sind als Anlage beigefügt.

Mitteilungen der Verwaltung

TOP 11 Der niedergermanische Limes auf dem Weg zum UNESCO-Welterbe

Anmerkungen zur Beschlussfassung

Der Bericht der Verwaltung wird mit den unter „Diskussion“ aufgeführten Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

Der nachfolgende Antrag von Herrn Ritterstaedt wurde mehrheitlich angenommen:

Die Verwaltung wird um Prüfung gebeten, ob als Folge des Pflügens im Bereich der Mansio die Artefakte zerstört werden können. Wenn ja, wird gebeten, die Fläche zu entpachten und zu schützen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt
1 Nein (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Diskussion

Herr Ott merkt an, dass zu dem Thema am 25.11.2019 eine Bürgerinformationsveranstaltung stattgefunden habe und bittet, deren Ergebnisse dem Protokoll beizufügen.

Frau Arndt sieht die Durchquerung des Waldgebietes in Uedesheim skeptisch. Demnach sei vorgesehen, im Landschaftsschutzgebiet Bäume abzuholzen. Ihrer Meinung nach sollte stattdessen eventuell an der Straße eine kleine Anlage geschaffen werden mit dem Hinweis, dass es sich nicht um die ursprüngliche Stelle handelt.

Herr Crefeld erinnert daran, dass das Konzept die gesamte Stadt Neuss umfasse. Ob die Planung wie vorgestellt auch umgesetzt werde, sei jedoch noch fraglich. Der Bezirksausschuss habe eine Erkennbarmachung des Denkmals am Reckberg jedoch immer forciert.

Frau Steffens sagt zu, die Bedenken an die Fachverwaltung weiterzuleiten.

Herr Ritterstaedt macht darauf aufmerksam, dass sich früher eine „Mansio“ (Landherberge) gegenüber dem Römerkastell befand. Da diese Fläche derzeit landwirtschaftlich genutzt werde, bittet er um Prüfung, ob die Folgen des Pflügens gegebenenfalls die Artefakte stören. Wenn ja, wird gebeten, die Fläche zu entpachten und zu schützen.

Herr Ebberts fragt nach, ob es sich bei dem vorgestellten Konzept um einen Entwurf, der noch bearbeitet wird, oder die endgültige Fassung handelt, die der Unesco vorgelegt wird. Eine Antwort wird ihm im Protokoll zugesichert.

Antwort der Verwaltung

Das Erhaltungs- und Vermittlungskonzept ist nicht Bestandteil der Antragstellung.

Frau Arndt bittet, beim Rhein-Kreis Neuss nachzufragen, ob die Änderung des Entwurfs zum Landschaftsschutzgebiet von dort gebilligt werde.

TOP 12 Sachstand Flächennutzungsplan

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

TOP 13 Errichtung eines Calsthenics-Parks in Uedesheim (Antrag BZA Uedesheim)

Der Bericht der Verwaltung wird mit der Anmerkung unter „Diskussion“ zur Kenntnis genommen.

Diskussion

Herr Crefeld erläutert zunächst den Sachstand der politischen Diskussion; ferner ergänzt er, dass nunmehr gemeinschaftlich im Sportausschuss die Prüfung einer Ersatzfläche in Uedesheim beauftragt wurde. Als mögliche Fläche wurde beispielhaft die Grünfläche am Spielplatz Rheinfährstraße vorgeschlagen.

Herr Crefeld betont, dass sich der Bezirksausschuss auch weiterhin für die Umsetzung einsetzen werde.

Herr Reith bezieht sich auf den letzten Satz der Mitteilung „dass auf der Bezirkssportanlage Uedesheim **wohl** kein Calisthenics-Park errichtet werden kann“. Hier könne man weitere Chancen hinein interpretieren. Daher solle das Thema auch hier nachgehalten werden.

TOP 14 Teilnahme der Stadt Neuss am Wasserbussystem auf dem Rhein

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Diskussion

Herr Ritterstaedt merkt an, dass ein Wassertaxi aufgrund der Parkplatznot lediglich für Fußgänger, Radfahrer und ÖPNV-Nutzer interessant sei.

TOP 15 Ortsmittelpunktkonzept - Stadtteilspaziergang Uedesheim

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Diskussion

Herr Crefeld und Herr Ott loben die Verwaltung für den Zwischenbericht und das Protokoll des Stadtteilspaziergangs.

Weiter wird der Hinweis gegeben, dass bei den Haushaltsberatungen für die Gestaltungskonzepte zunächst ein Betrag in Höhe von 50.000,00 Euro vorgesehen war. Dieser sei jedoch auf 150.000,00 Euro aufgestockt worden.

Frau Steffens erläutert, dass Sofortmaßnahmen unmittelbar angegangen werden sollen, so dass eventuell in der kommenden Sitzung bereits ein Zwischenbericht gegeben werden könne.

Herr Crefeld stellt fest, dass der Nahversorger das Herzstück des Ortes sei. Im Einzelhandelskonzept wurde stets aufgeführt, dass die Verkaufsfläche zu gering und daher das Geschäft unattraktiv sei und ausgebaut werden müsse. Die Frage sei nur, wo eine solche Erweiterung erfolgen könne. Der Betreiber sei mit der derzeitigen Situation zufrieden, dennoch werde der Bezirksausschuss alles in seiner Macht stehende unternehmen, um die Aufenthaltsqualität zu steigern.

TOP 16 Voraussichtlicher Zeitplan Sanierung Kirmesplätze

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

TOP 17 Ergebnisse zu Vorschlägen und Anregungen des Bezirksausschusses sowie aus der Bürgerversammlung

Die mündlichen Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Diskussion

Frau Steffens gibt nähere Erläuterungen zu den nachstehenden Punkten.

a) Querungshilfe B9

Die Maßnahme befinde sich derzeit in der Vergabephase. Dies bedeute, dass die Vergabe nach erfolgter Ausschreibung vorbereitet und in der Sitzung des Bauausschusses am 28.11.2019 beschlossen worden sei. Nach erfolgter Vergabe könne dann zeitnah (abhängig von der Witterung) mit der Maßnahme begonnen werden.

b) Verbotswidriges Befahren der Einbahnstraße „Am Kreuzfeld“

Laut Stellungnahme des Fachamtes seien die Verkehrszeichen gut erkennbar, so dass Verstöße eher die Ausnahme sein dürften und vorsätzlich begangen würden. Hilfsweise könne man das Zeichen „Einbahnstraße“, das beim Ortstermin von einem Wohnmobil verdeckt wurde, versetzen.

Herr Crefeld regt weitere Kontrollen an; nach Darstellung der Anwohner komme es immer wieder zu entsprechenden Verstößen und gefährliche Situationen.

c) Rheinfährstraße

In der Bürgerversammlung wurde bemängelt, dass am Kiosk häufig auf dem Fahrradschutzstreifen geparkt werde. Hier sollten zusätzliche Parkplätze geschaffen werden.

An der Post werde ebenfalls ständig auf der Straße geparkt. Hier sollten die beiden vorhandenen Parkplätze zu einer Haltebucht vereint oder aber Parkplätze schräg zur Straße geschaffen werden.

Insgesamt sollte die Rheinfährstraße, insbesondere im Hinblick auf die Schulkinder, sicherer gestaltet werden (breitere Fußgängerwege, Zebrastreifen).

Hierzu teilte die Fachverwaltung mit, dass im Bereich des Kiosks keine zusätzlichen Parkmöglichkeiten geschaffen werden können, zumal in zumutbarer Entfernung ausreichend Parkplätze zur Verfügung stehen.

Auch an der Post seien zahlreiche Parkmöglichkeiten im Umfeld vorhanden. Für Schrägparken bestehe kein Platz. Sichere Überquerungsmöglichkeiten seien im Ort vorhanden, im Rahmen der Neugestaltung der Rheinfährstraße nach Abschluss der Kanalbauarbeiten seien jedoch zusätzliche Verbesserungen vorgesehen.

d) Straße „Am Kiwittenberg“

Hier hatte sich bei der Bürgerversammlung eine Anwohnerin beschwert, dass der Weg mittig von der Bäckerei Kraus aus ständig zugeparkt werde, so dass Rettungswagen oder Feuerwehr nicht zu den Häusern gelangen könnten. Daher sollte man an der Rheinfährstraße eine Schraffierung anbringen, um zu kennzeichnen, dass dort ein Weg einmündet. Auch seien die Garagen Am Bollenberg nicht nutzbar, da sie in einer Kurve liegen, die auch ständig zugeparkt werde. Hier wurde ebenfalls um Abhilfe gebeten.

Laut Auskunft der Fachverwaltung sei das Thema bereits wiederholt im Bezirksausschuss behandelt worden. Es handelt sich um einen Fußweg, der auch von Rettungsfahrzeugen nicht befahren werden müsse. Insofern bestehe keine Notwendigkeit, das Parken vor dem Weg zu unterbinden. Der Bereich der Garagen Am Bollenberg befinde sich noch in der Prüfung.

Frau Steffens sichert zu, die Situation bei einem Ortstermin erneut in Augenschein zu nehmen.

e) Schlechte Beispielbarkeit des Bolzplatzes

Bei dem in der Bürgerversammlung angesprochenen Bolzplatz handelt es sich laut Fachverwaltung um eine Fläche, die im Landschaftsschutzgebiet liege, grundsätzlich für die Nutzung als Kirmesplatz vorgesehen sei und daneben noch als sogenannte "Ballspielwiese" genutzt werden könne. Eine Ballspielwiese unterscheide sich von einem klassischen Bolzplatz unter anderem dadurch, dass eine Spielfeldabgrenzung fehle und kein für die spezifische Sportnutzung tauglicher Belag aufgetragen sei. Hier handele es sich um eine Fläche, die vielfältigen Möglichkeiten vorbehalten bleibe.

Durch die Kirmesplatznutzung und die damit verbundene Befahrung mit schwerem Gerät sei eine weitere Aufwertung der Fläche z.B. durch eine Drainage nicht dienlich. Um die Nutzung auch als Ballspielwiese sicherzustellen, werde die Verwaltung die Fläche jedoch im Frühjahr überarbeiten und die Wiese wieder Instand setzen.

Herr Reith führt an, dass dort Schilder mit der Aufschrift „Bolzplatz“ stehen.

Herr Crefeld und Frau Göwert ergänzen, dass der Platz in der Liste der Bolzplätze und auch auf der Homepage der Stadt Neuss als Bolzplatz aufgeführt werde.

Daraufhin sichert Frau Steffens einen erneuten Bericht in der nächsten Sitzung zu.

f) Einrichtung einer Skater- oder Workoutanlage

Soweit es die Errichtung einer weiteren Skater- oder auch Workoutanlage anbelangt, sehe die Verwaltung zum einen den Bedarf in Uedesheim angesichts der Skateranlagen auf dem Rennbahngelände und im Neusser Süden an der Sporthalle Allerheiligen und dem Von-Waldthausen-Stadion sowie an der Eishalle im Südpark nicht. Zudem mangle es in Uedesheim auch an einer entsprechenden Örtlichkeit mit sozialer Kontrolle, da der Park- und Kirmesplatz mit Bolzfläche bereits mehrfach genutzt werde und die benachbarten Anwohner schon jetzt durch die verschiedenen Nutzungen über das Jahr hindurch beeinträchtigt seien.

g) Glascontainer Rheinfährstraße / Tennisplatz

In der Bürgerversammlung gab es eine Beschwerde, dass der Glascontainer auf der Rheinfährstraße häufig überfüllt sei und öfter geleert werden müsse.

Weiter solle geprüft werden, ob am Tennisplatz ein dritter Papiercontainer aufgestellt werden kann, da die vorhandenen ständig überfüllt seien.

Hier kam die Ergänzung, dass die Einwurfschlitze so klein sind, dass man Kartonagen dort nur schlecht einwerfen könne und diese dann vor den Containern abgelegt würden, obwohl in den Containern noch Platz genug ist.

Nach Rücksprache mit der Leerungsfirma Schönackers kam es durch krankheitsbedingte Ausfälle im Oktober/November zu Verzögerungen bei der Leerung der Glascontainer. Die Firma sei jedoch bemüht, Überfüllungen zu vermeiden.

Ob im Bereich des Tennisplatzes ein dritter Container aufgestellt wird oder der Leerungsrhythmus erhöht werden muss, werde derzeit noch geprüft.
Bezüglich der Schlitzgröße an den Papiercontainern könne keine Änderung erfolgen, da neue Papiercontainer ausschließlich mit dieser Schlitzhöhe und –breite für die Aufstellung im öffentlichen Raum zugelassen werden dürfen.

Eine Dame hat sich beschwert, dass sie am 25. Oktober bei der Stadt angerufen habe wegen eines Termins für die Abholung ihres Baumschnittes. Als Termin wurde ihr der 10.12. genannt. Dies wäre jedoch erheblich zu spät, da sie nicht wüsste, wo sie das Grün so lange lagern sollte.

Nach Rücksprache mit der AWL müssen Bürgerinnen und Bürger auf die Zuteilung eines Termins zur Abholung des Baum- und Strauchschnitts in der Regel keine sieben Wochen warten. Aber gerade in 2019 war die Nachfrage im Herbst sehr hoch, so dass die Firma aufgrund der vorhandenen Kapazitäten nur bedingt kurzfristig reagieren konnte und es dadurch in Einzelfällen zu längeren Wartezeiten kam.

h) Bericht über die Bürgerinformationsveranstaltung am 02.12.2019

Herr Ott bittet, die dort vorgestellte Präsentation der Niederschrift als Anlage beizufügen.

Herr Reith bittet um Weiterleitung und Prüfung seiner Anregung, den Flaschenhals, sprich das einspurige Auffahren auf die A46, aufzuweiten. Dies sei auf der Infoveranstaltung auch ein Anliegen eines ebenfalls anwesenden Spediteurs gewesen. Hierzu habe Straßen.NRW erklärt, dass dies nicht möglich sei, da man ansonsten direkt auf das Brückenbauwerk gelangen würde.

Frau Steffens antwortet, dass sie kein Protokoll geführt, aber zahlreiche Anregungen schriftlich festgehalten und Herrn van Bebber (Straßen.NRW) mit auf den Weg gegeben habe.

Herr Crefeld hat den Eindruck, dass im Gegensatz zur Infoveranstaltung in Allerheiligen Mitte des Jahres jetzt mehr Aspekte durch Straßen.NRW auf Verbesserungsmöglichkeiten geprüft würden. So verspüre er durch die Öffnung der Standspur bereits eine Entlastung.
Abschließend hält er fest, dass sich der Bezirksausschuss Uedesheim weiterhin für eine Entlastung der B9 und somit auch der Uedesheimer Bevölkerung sowie eine bessere Zugangsmöglichkeit zur A46 einsetze.

TOP 18 Sitzungstermine des Bezirksausschusses Uedesheim in 2020

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.